

Die Kraftprobe

Patrick Keller

Geboren 1978 in Bonn, promovierter Politikwissenschaftler, stellvertretender Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und Leiter ihres Zentrums für Sicherheit und Verteidigung.

Europa im Wettstreit der Großmächte

Wenn Wünsche in Erfüllung gehen, sind Erschrecken und Frustration oftmals groß.

Das weiß man aus vielen Märchen, und das erlebt Europa derzeit in der internationalen Politik: Die multipolare Ordnung, hier ist sie nun. Aber nicht als der ersehnte, dauerhaft harmonische Ausgleich in einer Welt der faszinierenden Vielfalt, sondern als beinharte Konkurrenz, in der universelle Ideen hinter nationalen Machtinteressen zurückstehen. Statt *Pax Americana* misstrauische Großmächte, die ihre Einflusszonen abstecken, dabei großen politischen Druck ausüben und immer öfter auch militärische Gewalt anwenden.

Es überrascht nicht, dass autoritäre Staaten wie Russland und China die Welt durch eine machtpolitische Brille betrachten. Auch die USA haben das stets getan, allerdings im Sinne einer Ordnungsvorstellung, die auf den liberalen Gründungsidealen Amerikas fußte. Donald Trump und seine MAGA-Bewegung haben damit gebrochen. Wer die Nationale Sicherheitsstrategie der USA von November 2025 liest und auf Trumps rabiate Politik gegenüber Venezuela, Grönland und Iran blickt, der sieht: Dieses Amerika hat keine Idee, wie es die Welt zum Besseren gestalten will. Es lehnt vielmehr die Vorstellung ab, dass es eine internationale Ordnung gibt, die mehr ist als die Summe ihrer Teile. Jeder Einsatz für öffentliche Güter oder Institutionen, die mehr erreichen wollen als „Deals“, wird als naive Schwäche, die von anderen ausgenutzt wird, gebrandmarkt.

Eine internationale Ordnung, in der das Völkerrecht an Bedeutung verliert und multinationale Organisationen ihre normative Kraft einbüßen, geht zurück in die Rohheit der Realpolitik. Bei Thukydides hieß es sinngemäß: Die Starken tun, was sie vermögen; die Schwachen erleiden, was sie müssen. Für weite Teile der Welt, insbesondere im sogenannten Globalen Süden, ist das keine neue Erfahrung. Aber für das heutige Europa liegt darin eine tiefgreifende Veränderung. Geprägt von einer doppelten Nachkriegsordnung – nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg –, gründet das europäische Projekt auf dem Ausgleich nationaler Interessen und ist unter dem schützenden Flügel amerikanischer Macht allzu wilder Konkurrenz entwöhnt. Deswegen wirken Trumps Zollpolitik, sein Flirt mit Putin und seine territorialen Ansprüche auf Grönland tief verstörend: Sie brechen mit den Annahmen, auf denen das heutige Europa gebaut wurde.

Selbstbehauptung als Gebot der Stunde

Europäische Interessen drohen in dieser neuen Ordnung zwischen den Großmächten zerrieben zu werden. Ansätze dafür finden sich etwa im berüchtigten 28-Punkte-Plan für die Ukraine, den die Vertreter der USA und Russlands auf Kosten der europäischen Staaten ausgehandelt haben. Auch US-Präsident Trumps Idee, an der seerechtswidrigen Maut mitzuverdienen, die der Iran in der Straße von Hormus erheben wollte, weist in diese Richtung.

Selbstbehauptung ist daher für Deutschland und Europa das Gebot der Stunde. Wir Europäer müssen, mit dem Wort der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, „weltpolitikfähig“ werden. Dazu sind zwei anspruchsvolle Voraussetzungen zu erfüllen: *Erstens* müssen die Entscheidungsträger in Europa die Notwendigkeit dieser Anstrengung

einsehen, verinnerlichen und in der Bevölkerung verankern. *Zweitens* müssen die Staaten Europas ihre Machtmittel ausbauen und den Willen entwickeln, sie einzusetzen.

Das betrifft alle Politikfelder, weil die globale Machtkonkurrenz in vielen Dimensionen ausgefochten wird: militärisch, wirtschaftlich, kulturell. Deutschland und Europa müssen diesen Wettbewerb umfassend angehen. So bestand der entscheidende Makel der „Zeitenwende“ der Ampelkoalition darin, sie im Grunde auf eine Zuschussfinanzierung der Bundeswehr zu begrenzen. Das alte Prinzip der Bundespolitik, eine Herausforderung zu bewältigen, indem man sie mit Geld bewirft, funktioniert in dieser Lage nicht mehr. Nicht nur, weil die Munition der „Bazooka“ endlich ist, sondern weil das gesellschaftlich-politische Ausgliedern von Problemlösungsverantwortung an einzelne Akteure – in diesem Fall an die Bundeswehr – nicht mehr trägt. Selbstbehauptung in globaler Machtkonkurrenz erfordert eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Anstrengung.

Eingeschränkte militärische Handlungsfähigkeit

Die Gesamtschau der Machtmittel Europas bietet keinen Anlass zur Verzweiflung, im Gegenteil. Allerdings zeigt sie auch, dass Versäumnisse und strukturelle Hemmnisse der Herausbildung eines europäischen Pols entgegenstehen. Das beginnt bei der Frage, was mit „Europa“ eigentlich gemeint ist: die Europäische Union? Die europäischen NATO-Staaten? Die informelle Allianz der E3 (der bedeutendsten NATO-Mitglieder in Europa: Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich) oder E5 (Europäische Gruppe der Fünf mit den höchsten Verteidigungsetats: Polen, Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich)? Der Mangel an Kohärenz verhindert effiziente Wirkung. Langwierige Abstimmungsprozesse, Widersprüchlichkeit und Reibungsverluste gehören zwar zum vielfältigen, demokratischen Charme Europas, sind jedoch in der Auseinandersetzung mit monolithischen Mächten ein Wettbewerbsnachteil.

Die konkrete militärische Macht ist der wichtigste Maßstab zwischenstaatlicher Ordnung, und hier zeigen sich die strukturellen Nachteile Europas besonders deutlich. Zusammengekommen bieten die europäischen NATO-Staaten mehr Soldaten auf als die USA oder Russland. Gleiches gilt für Panzer und Kriegsschiffe; auch bei den Luftstreitkräften ist Europa nicht deutlich unterlegen. In der Praxis ist dieser Vergleich allerdings von geringem Wert, weil Europa seine Fähigkeiten nicht gemeinsam führen kann. Eigenständige Schlüsselfähigkeiten zur Aufklärung des Lagebilds, der Kommunikation zwischen Einheiten, der

Verlegefähigkeit und der verbundenen Gefechtsführung fehlen. Die Verteidigung Europas hat spätestens seit Gründung der NATO 1949 eine amerikanische DNA.

Angesichts der akuten Bedrohungslage und der Politik der Regierung Trump haben sich die Staaten Europas aufgerafft, den Grad ihrer Abhängigkeit zu reduzieren. Vor allem geht es darum, rasch eine glaubwürdige Abschreckung gegenüber Russland zu erreichen, also Putins Kalkül so zu beeinflussen, dass er aus Angst vor Gegenmaßnahmen keinen militärischen Angriff auf das NATO-Territorium wagt. Dazu sind in kurzer Zeit erheblich mehr einsatzbereite militärische Fähigkeiten und auch eine Anpassung an das moderne Kriegsbild notwendig: Drohnen, KI-gestützte Systeme, weltraumbasierte Fähigkeiten und weitreichende konventionelle Waffen, die Angriffe tief in das gegnerische Gebiet ermöglichen (*Deep Precision Strike*). Das ist innerhalb der NATO ausgeplant und in Fähigkeitsziele übersetzt worden. Aber die Regierung Trump erwartet eine signifikante anteilige Erhöhung der europäischen Beiträge – und Europa denkt seit dem Grönland-Schock stets mit, dass es in der Lage sein muss, seine Ziele gegebenenfalls auch ohne die umfassende Beteiligung der USA zu erreichen. Budgets, technologische Kompetenz, industrielle Basis: Über all das verfügt Europa im Grunde, zumindest als „Anfangsbefähigung“. Aber der politische Wille und die Umsetzungsprozesse sind noch nicht hinreichend – es wird immer noch zu wenig und zu langsam produziert, die militärische Handlungsfähigkeit Deutschlands und Europas bleibt eingeschränkt.

Ein Geist bräsiger Selbstberuhigung

Der Zwilling der militärischen Macht ist die wirtschaftliche. Sie ist die Voraussetzung nicht nur für starke Streitkräfte, sondern schafft auch staatlichen Handlungsspielraum. Bei der wirtschaftlichen Macht ist es um Europa besser bestellt als bei der militärischen: Der integrierte Wirtschaftsraum der Europäischen Union, der große heimische Markt, relative politische und rechtsstaatliche Verlässlichkeit bei exzellent ausgebildeter Bevölkerung – das alles macht Europa zu einer Weltmacht eigenen Rechts.

Zugleich schrumpft Europas Anteil am weltweiten Wohlstand und der Wertschöpfung. Der Draghi-Bericht hat 2024 schonungslos offengelegt, wie Europas Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von bürokratischen Vorgaben und falschen politischen Schwerpunktsetzungen abgewürgt werden. Diese Selbstfesselung Europas – vom Datenschutz bis zum aufgeblähten Sozialstaat – ist hausgemacht, kann also auch aus Europa heraus überwunden werden. Dass die konkreten Vorschläge Mario Draghis immer noch der Umsetzung harren und auch in Deutschland

ernsthafte Reformen immer wieder blockiert werden, lässt daran zweifeln, dass die Ernsthaftigkeit unseres Zeitalters verstanden worden ist.

Bisweilen herrscht ein Geist bräsiger Selbstberuhigung und nostalgischer Sehnsucht nach vermeintlich einfacheren Zeiten, der auch Europas dritte Machtquelle, sein kulturelles Kapital, unter die Räder zu kommen lassen droht. Europas zivilisatorischer Beitrag zur Menschheitsentwicklung bleibt ohne Vergleich, und auch heute locken das freiheitliche Gemeinwesen, der hohe Lebensstandard, die Qualität seiner Bildungsstätten und die Schönheit seiner Städte und Landschaften viele Köpfe nach Europa. Allerdings gewinnt das Narrativ von Europa als „Museum seiner selbst“ an Überzeugungskraft, je mehr wir die Dynamik vermissen lassen, die kraftvolle Kulturen auszeichnet. Wenn Europa den Anschluss an neue Technologien in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Digitalisierung weiter verschläft, wird das nicht nur ökonomische und militärische Folgen haben, sondern auch die Attraktivität der Idee Europas insgesamt beschädigen.

Schreckgespenst des reaktionären Transatlantizismus

Über die „Idee Europas“ wird im ideologischen Bürgerkrieg des Westens erbittert gerungen. Entzündet an der Migrationsdebatte, definieren Rechtspopulisten in Amerika und Europa den Westen um: weg von einem aufklärerischen, liberalen Projekt hin zu einer kulturalistischen Ahnengemeinschaft weißer christlicher Biertrinker. So zumindest lässt sich ohne übermäßige Zuspitzung die Rede des US-amerikanischen Außenministers Marco Rubio auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz verstehen. Blickt man auf die anstehenden Wahlen in Frankreich und Großbritannien, steht das Schreckgespenst einer Zweckgemeinschaft des reaktionären Transatlantizismus im Raum. Das wäre ein anderer Westen als das Ideal Adenauers, Churchills und Roosevelts und würde der globalen machtpolitischen Konkurrenz eine andere Richtung geben.

Es liegt deswegen auf der Hand, dass jetzt der Moment gekommen ist, das europäische Projekt auf eine neue Stufe zu heben. Mehr Gemeinsamkeit und Miteinander der Staaten Europas zu schaffen, um der autoritären Druckwelle eine eigene Gestaltungskraft entgegenzusetzen. Zugleich aber ist es der Moment, in dem das Nationale in Europa Auftrieb erfährt. Denn Handlungsfähigkeit, gerade militärisch, lässt sich am schnellsten national herstellen – insbesondere im immer noch zahlungskräftigen Deutschland. Der Zeitdruck der Bedrohungslage drängt zu nationalen Lösungen: Fähigkeiten zuerst, Abstimmungen und Synergien später.

Schwerer wiegt noch, dass der Aufbau neuer Macht das europäische Binnenverhältnis aus dem Gleichgewicht bringt. In Frankreich und

Polen nimmt man die deutsche Absicht, die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Streitkraft Europas zu machen, mit gemischten Gefühlen wahr. Während der deutsche Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit willkommen ist, entlässt die systemische Logik des internationalen Sicherheitsdilemmas niemanden.

Solche Sorgen verschärfen sich aufgrund der neuen Rolle der USA. Die europäische Einigung wäre ohne den Beitrag der Vereinigten Staaten nicht möglich gewesen. Erst die Bereitschaft Washingtons, über die NATO dauerhaft zur europäischen Macht zu werden, hat die Deutsche Frage gelöst. Keiner in Europa musste sich vor Deutschlands Übermacht existenziell fürchten, solange die USA die Hand über den Kontinent hielten. Heute muss sich erweisen, ob Amerika nur Geburtshelfer des geeinten Europas war oder seine *Conditio sine qua non* bleibt.

Wenn viele Staaten in Europa, insbesondere in der Mitte und im Osten des Kontinents, trotz der Trump-Erfahrung mehr Vertrauen in die Schutzgarantien Washingtons haben als in die Vision eines Europas, das aus Berlin und Paris geführt wird – wer wollte es ihnen verdenken? Darin liegt allerdings die Gefahr eines zerrütteten Europas, das Südostasien mehr ähnelt als der Europäischen Union: viele bilaterale Arrangements statt echten Zusammenwirkens. So ein Europa wird nicht auf Augenhöhe mit den Großmächten agieren, sondern politisch erpressbar, geteilt und beherrscht.

Das zu verhindern, ist die strategische Kernaufgabe Deutschlands. Es muss seinen Machtzuwachs nicht nur in den Dienst Europas stellen, sondern neue Ideen für die politische Steuerung und den Zusammenhalt Europas entwickeln, damit dieses die Kraftprobe mit den Großmächten bestehen kann.